

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno und Michael Böcher

Report: „Gewalt gegen Frauen“ vorgestellt

Am 27. Oktober hat die *Bangladesh National Lawyer's Association* (BNWLA) ihren neuen Bericht mit dem Titel „*Violence against Woman 2001*“ in Dhaka vorgestellt. Demnach wurden im letzten Jahr insgesamt 1.650 Frauen Opfer von Gewaltverbrechen. Diese und nachfolgende Zahlen beziehen sich ausschließlich auf registrierte Fälle - die Dunkelziffer ist wahrscheinlich deutlich höher. 327 Frauen wurden laut Bericht im vergangenen Jahr ermordet, auf weitere 130 Frauen wurden Säureanschläge verübt. Alarmierend ist auch die hohe Zahl registrierter Entführungen von minderjährigen Mädchen, die mit 408 angegeben wurde. Diese werden zumeist an Bordelle in Indien und Pakistan verkauft und zur Prostitution gezwungen. In Bangladesh selbst gab es 223 nachgewiesene Fälle, in denen Kinder zur Prostitution gezwungen wurden.

Bei diesen statistischen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, daß in Bangladesh Verbrechen an Kindern in der Regel nicht offiziell registriert werden. Auch minderjährige Haushaltshilfen werden häufig Opfer von sexuellen Übergriffen. So konnte die Auswertung einer Umfrage einer Nichtregierungsorganisation laut einem Bericht der Tageszeitung *The Independent* vom 6. November

allein im August diesen Jahres 49 Kindesvergewaltigungen nachweisen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz hat laut BNWLA-Studie ebenfalls zugenommen.

Professor Nusrat Amin bemerkte hierzu, daß weniger neue Gesetze und Verordnungen zum Schutz der Frau nötig seien, als vielmehr die Umsetzung der bereits bestehenden Gesetze.

Auf einen weiteren Mißstand zum Thema Frauenschutz machte am 5. November ein Workshop des *South-South Centre* im BRAC- Hauptquartier in Dhaka aufmerksam:

Während die Geburtenrate in Bangladesh leicht sinkt, stagniert die Frauensterblichkeit während Schwangerschaft und Geburt bei etwa 50.000 Todesfällen pro Jahr. Nach Worten des Gesundheits- und Familienministers Mosharraf Hossain ließen sich 40 Prozent der Todesfälle allein durch einen besseren Zugang zu Aufklärungsdiensten vermeiden, um beispielsweise ungewollte Schwangerschaften und unqualifiziert durchgeführte Abtreibungen zu verhindern. Ein weiteres Problem stellt die niedrige Qualifikation von Geburtshelfern in den ländlichen Gebieten dar. Der Minister versprach, diesen Punkten erhöhte politische Aufmerksamkeit zu schenken.

Investitionen in Touristikbranche.

Der Minister für zivile Luftfahrt und Tourismus gab Mitte Oktober Pläne der Regierung bekannt, den Flughafen Coxbazar für eine stärkere Anbindung an den internationalen Luftverkehr ausbauen zu wollen. Dies sei Teil eines Programms, das die Region um Coxbazar und Teknaf für den Tourismus erschließen soll. Hierzu gehören auch der Bau von neuen Hotels

und Golfanlagen sowie ein Konzept, daß Sicherheit und Sauberkeit des Strandes gewährleisten soll. Investoren aus Kuwait, Bahrain und Qatar hätten nach Worten des Ministers bereits Interesse gezeigt. 2001 überschritt die Zahl der Besucher erstmals die Marke von 200.000.

Die Meisten seien aber Geschäftsleute gewesen, so ein Einwand.

Frau eines Imam vergewaltigt

Die Frau eines Imams in Puthia ist nach Berichten der Zeitung *The Daily Star* vom 16. Oktober brutal vergewaltigt worden. Angeklagt wird ein lokaler BNP-Politiker. Nach Aussagen der Dorfbewohner wollte der Politiker das Land, auf dem der Imam lebte, erwerben. Als sich der Imam weigerte, sein Land zu verkaufen, drohten einige Anhänger des BNP-Politikers damit, ihn umzubringen. In der darauffolgenden Nacht überfielen dieselben Männer das Haus des Imams und schlugen auf dessen Frau ein. Der Imam erstattete am nächsten Tag Anzeige bei der lokalen Polizeistation. Doch gegen den Politiker und seine Gefolgsleute wurde nicht ermittelt. Stattdessen verhafteten die Polizisten kurze Zeit später den Imam wegen angeblichen Waffenbesitzes.

Während der Geistliche in Untersuchungshaft saß, suchte der Politiker erneut dessen Ehefrau auf und drängte auch sie zum Verkauf des Grundstücks.

Als auch sie sich weigerte, kamen die Schergen des Politikers in der Nacht zurück, fesselten und knebelten die Frau und vergewaltigten sie mehrmals. Schwer verletzt wurde sie am nächsten Tag ins Krankenhaus eingeliefert.

Von ähnlichen Fällen berichten Menschenrechtsorganisationen und lokale NGOs immer wieder.

Doch nur selten gelangen derartige Fälle an die breitere Öffentlichkeit.

Das Versagen des Rechtssystems und die Willkür der von gewöhnlichen Bürgern nur selten angreifbaren Landbesitzer, die oftmals auch politische Ämter innehaben, macht die sogenannte „*Operation Clean Heart*“ verständlich, bei der in jüngster Zeit vor allem Lokalpolitiker verhaftet wurden.

Doch ob eine exekutive Aktion allein ausreicht, verankerte Strukturen aufzubrechen und die rechtliche Situation in den Dörfern auf lange Sicht zu verbessern, bleibt fraglich..

Bombenanschläge auf Zirkus und Kino

Im Südwesten des Landes detonierten am 28. September zwei Bomben und forderten zehn Todesopfer sowie über 125 Verletzte. Der Anschlag ereignete sich während eines Volksfestes in der Stadt Satkhira: Die erste Bombe explodierte in einem Kino. Kurz darauf schleuderten Unbekannte einen weiteren Sprengsatz in eine Gruppe von Zirkusartisten. Zeugen berichteten, die Attentäter hätten die Sprengsatz gezielt auf weibliche Artisten geworfen. Während der Explosionen besuchten Tausende von Menschen das Fest.

Lokale Politiker und Polizei vermuten, daß die militant-islamistische Organisa-

tion *Islamic Shashon-tantra Andolon* (ISA) hinter den Anschlägen steckt. Unmittelbar nach den Ereignissen wurden sechs Menschen festgenommen, die fast alle für den Zirkus arbeiteten. Die ISA hatte im Vorfeld der Attentate wiederholt gegen die „unanständigen Vorführungen“ des Zirkus und des Kinos protestiert.

Unmittelbar nach den Anschlägen machte Oppositionsführerin Sheik Hasina die in der Regierungskoalition befindliche *Jamaat-e-Islami* für den Terrorakt verantwortlich und rief zu Demonstrationen auf. Die Regierung warf ihr gezielte Desinformationspolitik vor.

Zugunglück: über 80 Verletzte

Bei einem Zugunglück am 9. Oktober 2002 sind über 80 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Bei dem Unfall sprangen neun von zwölf Waggons des Amuna-Expresszuges zwischen Dhaka und Jamalpur aus ungeklärten Gründen aus den Gleisen. Der Personenzug war zum Zeitpunkt des Unglücks mit über 500 Passagieren besetzt. Die Bahnbehörden kündigten eine umfassende Untersuchung des Unfallhergangs an.

Am 26. Oktober ereignete sich in Azampur erneut ein Zugunglück. Bei der Kollision von zwei Zügen starben mindestens acht Menschen. 30 weitere Passagiere wurden verletzt.

Regierung widerspricht Berichten über al-Qaida-Aktivitäten

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Time* versuchen islamische Gruppen mit Verbindungen zu *al-Qaida*, in größerem Stil, in Bangladesh Fuß zu fassen. Mobin Chowdhury, Staatssekretär im Außenministerium, widersprach diesen Berichten vehement und bezeichnete sie als böswillige Erfindung. *Time* hatte berichtet, daß im Dezember 2001 etwa 150 Mitglieder der Taliban und *al-Qaida* aus Afghanistan mit einem Schiff nach Chittagong geflohen seien. *Time* beruft sich in seinem Bericht auf Zeugen, die bewaffnete Männer mit schwarzer Kleidung, Turbanen und langen Bärten gesehen haben wollen. Laut *Time* seien Bangladeshs unübersichtliche Hügel im Süden des Landes sowie das Grenzgebiet zu Indien zur Heimat Hunderter

Medizinisches Onlinezentrum?

Nach Berichten des Senders BBC vom 21. Oktober plant die private Gesellschaft *Bangladesh Telemedicine Services* (BTS) den Aufbau eines Onlinenetzes für ländliche Ärzte. Diese könnten Befunde zu den Zentren schicken, wo sie von Spezialisten begutachtet werden. Die Kosten für den Service ist für die oft schlecht ausgebildeten Ärzte frei. Doch sind diese im Gegenzug verpflichtet, die medizinischen Zentren mitzutragen. Besonders lukrativ erscheint den Betreibern die direkte Anbindung der bisher mit 200 Spezialisten geplanten Zentren an die Pharmazie. Durch Früherkennung soll dieses System auch für Patienten Kosten sparen helfen.

militanter *al-Qaida*-Anhänger geworden. Die Regierung Bangladeshs bestreitet immer wieder, daß der islamische Fundamentalismus zunehme. Ministerpräsidentin Khaleda Zia beschuldigte die Opposition, solche (Fehl-) Informationen gezielt zu verbreiten. In Bangladesh gebe es weder Taliban noch *Harkat-ul-Jihad*, beharrte die Regierungschefin weiter. Die radikale Organisation *Harkat-ul-Jihad* sorgte 1999 für Aufsehen, als 18 ihrer Mitglieder verhaftet wurden, nachdem sie versucht hatten, den Schriftsteller Shamsur Rahman zu ermorden. Die Oppositionsführerin Sheikh Hasina behauptete mehrfach, daß Teile der islamischen Parteien in der Regierungskoalition Verbindungen zu *al-Qaida* unterhielten.

Neue Runde im Streit um NGO-Kontrolle

Am 16. November berichtete die Tageszeitung *New Nation*, daß es nach Worten des Ministers Abdul Mannan Bhuiyan nicht zu einer Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen kommen würde. Diese Zusage wurde gegenüber einer von der Weltbank geleiteten Delegation gemacht, deren Teilnehmer sich aus Delegierten der EU und NGO-Vertretern zusammensetzten.

Die Diskussion um eine stärkere Kontrolle insbesondere der finanziellen Tätigkeiten von NGOs hatte Anfang August mit einem entsprechenden Antrag des Kabinettsuntersuchungsausschusses unter den Betroffenen für erhebliche Unruhe gesorgt. Die Pläne für eine gesetzliche Neuregelung der Rahmenbedingungen sind allerdings bisher noch nicht vollständig abgeschlossen.

Die Befürworter einer stärkeren Kontrolle kritisieren, daß NGOs namentlich mit der Mikrokreditvergabe unkontrollierte kommerzielle Geschäfte betreiben würden. Auch besäßen einige NGOs eigene Banken, Krankenhäuser, Immobilien, Schifffahrtlinien und Produktionsstätten, ohne steuerlich belangt zu werden.

Auch kulturspezifische Faktoren würden von ausländisch unterstützten NGOs oftmals zu wenig beachtet.

Als stärkste Interessengruppe im Lager der Kritiker gelten nach Presseberichten die Handelskammern.

Wie ein Staat mit der weltweit höchsten Korruptionsquote die angestrebte Kontrolle umsetzen will, bleibt allerdings fraglich. Hinzu kommt, daß der NGO-Sektor in der Armutbekämpfung und auf dem Gebiet der zivilgesellschaftlichen Entwicklung eine zentrale Rolle spielt. Eine stärkere Kontrolle seitens des Staates könnte deshalb für diese Arbeitsfelder fatale Folgen haben.

Beobachter werten die Anti-NGO-Kampagne der Regierung als „politische Hexenjagd“. Hintergrund: Viele NGO-Repräsentanten hatten im letzten Wahlkampf ihren Einfluß zugunsten der oppositionellen *Awami League* in die Waagschale geworfen. Sie befürchten nun, daß die Regierung mit den geplanten Repräsentationen Rache übt.